

16.03.2022

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Schule und Bildung

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
- Drucksache 17/14938 -

Die Notwendigkeit eines „New Deal“ anerkennen und der Forderung des NRW-Städtetags nach einer grundlegenden Reform der Schulfinanzierung nachkommen.

Berichterstatlerin

Abgeordnete Kirstin Korte

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/14938 - wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD „Die Notwendigkeit eines „New Deal“ anerkennen und der Forderung des NRW-Städtetags nach einer grundlegenden Reform der Schulfinanzierung nachkommen.“, Drucksache 17/14938, wurde am 8. September 2021 zur alleinigen Beratung vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass der Investitionsstau an NRWs Schulen mittlerweile auf 10 Milliarden Euro geschätzt werde. Insbesondere die Pandemie habe alle Schwächen des Schulsystems, wie z.B. die unzureichende Digitalisierung, den baulichen Zustand vieler Schulen sowie die Bildungsungerechtigkeit insgesamt und die Notwendigkeit einer funktionalen Finanzierungsstruktur ans Tageslicht gebracht. Die Finanzkraft einer Kommune habe in der Regel Auswirkungen auf die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler, da die schulische Ausstattung, insbesondere die digitale Ausstattung sowie der bauliche Zustand der Schulgebäude, die Lernumgebung sowie die Lehr-Lernprozesse maßgebliche Faktoren für den Bildungserfolg seien. Gute Bildung brauche daher eine gute Finanzierung. Nordrhein-Westfalen liege jedoch bei der Ausgabenpriorisierung im bundesweiten Ranking auf dem letzten Platz.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert die Expertise der Kommunen ernst zu nehmen und mit ihnen in Verhandlungen einzutreten, um die Finanz- und Aufgabenverteilung in NRW zu restrukturieren. Die bisherige Trennung von äußeren und inneren Schulangelegenheiten ist aufzuheben. Ein neues System muss transparent und nachvollziehbar sein – alle Aufgaben müssen grundsätzlich auskömmlich mit finanziellen Mitteln hinterlegt sein. Dazu gehört beispielsweise, dass wieder landesweit verbindliche Schulbaurichtlinien gelten und ein Konzept zur digitalen Ausstattung der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schülerinnen und Schüler vorgelegt werden muss. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert mit Bund, Ländern und Kommunen über eine Neustrukturierung der Aufgabenbeziehungen im Bildungsbereich und eine sich daran orientierende neue Finanzierungssystematik zu verhandeln.

Zudem wird die Landesregierung aufgefordert, dass Finanzmittel nicht mit der Gießkanne, sondern nach sozialen Kriterien verteilt werden. Dabei müsse der Bund Aufgaben dauerhaft finanzieren und nicht nur zeitweise übernehmen oder gar nur eine Anschubfinanzierung tätigen.

B Beratung

Der Antrag wurde in der 102. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 15. September 2021 erstmals aufgerufen und der Ausschuss hat einvernehmlich die Durchführung einer Anhörung zu dem Antrag beschlossen (Ausschussprotokoll 17/1543). Die Anhörung hat der Ausschuss für Schule und Bildung in seiner 106. Sitzung am 23. November 2021 durchgeführt (Ausschussprotokoll 17/1645). Die Sachverständigen waren gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

Das nachfolgende Tableau enthält eine Übersicht der eingeladenen Sachverständigen sowie derer schriftlich übermittelten Stellungnahmen.

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Städtetag NRW Köln	Klaus Hebborn	17/4559
Landkreistag NRW Düsseldorf	Dr. Kai Zentara	17/4577
Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf	Dr. Jan Fallack	17/4566
Dagmar Becker Stadt Solingen Beigeordnete Jugend, Schule, Integration, Kultur, Sport Solingen	Dagmar Becker	17/4558
Professor Dr. Janbernd Oebbecke Westfälische Wilhelms- Universität Münster Rechtswissenschaftliche Fakultät	Professor Dr. Janbernd Oebbecke	17/4565
Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie Berlin	Dr. Dieter Dohmen	17/4561

C Abstimmung

Am 16. März 2022 tagte der Ausschuss für Schule und Bildung letztmalig zum Thema (Ausschussprotokoll 17/1756). Anschließend wurde der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Kirstin Korte
- Vorsitzende -